

Grünes Protokoll der Gemeinderatssitzung am 26.03.2019

1. Offenlage des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 26.02.19 und Bekanntgabe der am 26.02.19 nichtöffentlich gefassten Beschlüsse.
2. Bestellung von Urkundspersonen: Albert und Back
3. Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung:
 - Neubau Gehweg nur bei Erhalt der Bäume.
 - See mit Rampe und Geländer versehen – wird geprüft
 - Altenheim für Bevölkerung öffnen und Mittagstisch.
 - Radweg nach Walldorf mit groben Split ist gefährlich.
4. Autobahn A5 im Bereich St. Leon-Rot, Neubau von 3 Brückenbauwerken; hier: Kostenübernahmevereinbarung.

Die Gemeinde hat mehrere Wünsche zur Verbreiterung der 3 Autobahnbrücken gemacht. Die Mehrkosten wurden damals nach den Mehrbreiten errechnet. Nun soll die Kostenteilung nach Fahrbahnbreite erfolgen. Das Bundesministerium für Verkehr fordert nun die Gemeinde auf diese neue Berechnungsgrundlage mit einem Beschluss zu bestätigen. Für die Gemeinde bedeutet dies keine Mehrkosten. Mehrkosten sind jedoch im erheblichen Umfang durch die Baukostenpreissteigerungen der letzten drei Jahre entstanden. Somit kosten die Wünsche für die drei Brücken nun mehr als doppelt so viel wie angenommen. Die Verbreiterung kostet die Gemeinde nun 1,76 Mio. Euro. Das ist viel Geld, jedoch ist dies einzige Möglichkeit auch vernünftige Radwege unter den Brücken zu bekommen. Von der Bundesregierung ist ja ein solches Engagement nicht denkbar. Hier wird nur der Autoverkehr gefördert. Somit begrüßen wir die Investition. Baubeginn soll im Herbst sein und je zweimal 10 Monate dauern. Der im Rat fast ausgebrochenen Hysterie über die Verkehrsverbindungen zwischen den Ortsteilen können wir uns nicht anschließen. Erfahrungsgemäß wird sich der Durchgangsverkehr reduzieren und wir vertrauen der Verkehrssteuerung durch das RP. Rad- und Fußwege sollen übrigens immer offen sein, das wäre ja mehr als bei der jetzigen Baustelle mit der Wasserleitung. Die neue prozentuale Kostenaufteilung wurde einstimmig angenommen.

5. Grundstücksvergaben Gewerbegebiet „Schiff II“

In der Vergangenheit wurden die Grundstücke in nicht öffentlichen Gemeinderatssitzungen beschlossen. Dieses intransparente Vorgehen wurde nun

zum Glück von Gerichten beendet. Wir begrüßen dieses Vorgehen sehr. Aus den Vorberatungen waren die meisten Grundstückvergaben jedoch ok. Einzig die Vergabe des Grundstücks an die Sozialstation ist für mich nicht nachvollziehbar. Am 31.1.17 hat der Gemeinderat dem Kauf des Pfarrhauses in St. Leon zugestimmt. Beim Kauf hat die Kirche Vorgaben gemacht. So sollte es eine soziale Nutzung des Geländes geben und es wurde vom damaligen Vertreter der Kirche und Sozialstation zugesagt, dass die Sozialstation die von der Gemeinde renovierten Räume des Pfarrhauses mieten werde. Mehrfach wurde nachgefragt ob diese Aussage stimme. Dies wurde mehrfach bejaht. Auch halten wir eine dezentrale Struktur der Sozialstation für sinnvoll. Direkt in den alten Ortskernen liegend, sind die Wege zu den Patienten kurz und die Ortskerne werden mit Leben gefüllt. Sicherlich hätte die Gemeinde in eine Tiefgarage investieren müssen. Dies ist jedoch möglich. Mit der Entscheidung eine zentrale Einheit im Gewerbegebiet zu bauen werden nicht nur Versprechen gebrochen, sondern auch die alten Ortskerne geschwächt. Beides ist für mich nicht hinnehmbar. Daher habe ich dieser Vergabe nicht zugestimmt. Auch kann man zukünftigen Verkehr nur reduzieren, wenn man kurze Wege schafft. In der Abstimmung zur Vergabe an die Sozialstation waren jedoch 18 dafür; 3 dagegen und es gab keine Enthaltung. Die übrigen Punkte wurden einstimmig beschlossen

6. Sozialticket

Auf Antrag von uns Grünen wurde das Sozialticket vor 2 Jahren eingerichtet. Es wurde zunächst auf 2 Jahre befristet. Für uns sehr erfreulich, wurde das Sozialticket sehr gut angenommen (zeitweise eine Quote von fast 38% der möglichen Berechtigten). Da der Preis immer noch sehr hoch ist für die Sozialempfänger zeigen die Fälle mit Schuldnern. Hier könnten jedoch auch Wegzüge ohne Kündigung des Tickets der Grund sein. Auch gibt es inzwischen Umwelttickets für Mannheim (ich habe so eines), die weniger Kosten als das Sozialticket. Wir befürworten daher die Verlängerung und die Anpassung an die gestiegenen Kosten. Erfreulicherweise war auch der Rest des Gemeinderates dieser Meinung. In der Abstimmung waren 19 dafür; einer dagegen und es gab eine Enthaltung.

7. Ruftaxi; hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die Linie 719 verbindet St. Leon-Rot mit den Bahnhöfen Rot-Malsch und Neulußheim. Leider nicht nach 20:00 Uhr und nicht am Wochenende. Am Sonntag

fährt fast gar kein Bus in irgendeine Richtung. Diesen Zustand wollen wir beenden. Nach etlichen erfolglosen Aufrufen die Ruftaxiliniien auszubauen, haben wir diesen Antrag gestellt. Für uns eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Nun wird die Verwaltung tätig werden und die notwendigen Angebote einholen. Unser Antrag hat alle überzeugt: einstimmig angenommen!

8. Beauftragung einer Nahverkehrskonzeptstudie; hier: Antrag der FDP-Fraktion
Die FDP möchte eine umfassende Studie zum Verkehr der Zukunft mit Schwerpunkt ÖPNV. Grundsätzlich begrüßen wir diesen Ansatz. Wir denken jedoch, dass es zunächst ausreicht, dass wir den ÖPNV verbessern. Dazu halten wir es für sinnvoll, dass die vorhandenen Buslinien durch weniger Haltestellen beschleunigt werden und die Lücken durch einen Ortsbus geschlossen werden. Der Ortsbus selbst darf auch ein autonom fahrendes Fahrzeug sein. Ob aus dieser Entwicklung auch eine veränderte Vernetzung in die Nachbarorte folgt ist nur über eine Studie zu klären. Aus der letzten Linienvergabe wissen wir, dass eine Veränderung eine lange Vorlaufzeit braucht. Daher haben wir angeregt, dass die Studie schon drei Jahre vor Vergabe gemacht wird. Leider ist dieser Vorschlag mit 8 zu 14 Stimmen abgelehnt worden. Angenommen wurde, dass wir 2 Jahre vor Vergabe eine Studie beauftragen. Mal sehen ob das reicht und ob nicht ein weniger ambitioniertes Ortsbuskonzept nicht schon schneller umsetzbar wäre. Wir bleiben jedenfalls dran. Einstimmig angenommen

9. Antrag der CDU St. Leon-Rot bzgl. Radwege /

Plus: Anlage von Fahrradschutzstreifen in der Bahnhofstraße von der Kreuzung Bahnhofstr./Im Halbmond/Siedlungsstr. // Platzgestaltung und Kreuzungsumbau Zehnstr./Hauptstr./Kirrgasse

Dieser Antrag schlägt dem Fass den Boden aus. Dieses alte Sprichwort trifft hier leider zu. Vor fast exakt 2 Jahren (am 28.3.17) haben wir einen Antrag auf Grundsatzbeschluss zum Radverkehr gestellt. Dieser Antrag wurde leider am 25.7.17 (auch mit den Stimmen der CDU) abgelehnt. Nun taucht unser Antrag wieder auf. Nicht nur dass: Gleichzeitig wird noch gefordert, dass man überprüft ob Fußgängerwege in kombinierte Fuß- und Radwege umgewandelt werden können. Völlig überflüssig! Haben wir Grünen doch am 24.04.18 einen Beschluss erwirkt, dass wir in 2019 einen Fußverkehrscheck durchführen. Damit ist auch dieses Thema abgedeckt! Man sieht, dass Wahlkampf ist. Plötzlich ist Aktionismus ausgebrochen. Hier hätte ich mir einen Hinweis aus der Verwaltung in der Vorlage

gewünscht....

In der Diskussion wurde auch der Tagesordnungspunkt 13 mitbehandelt. In der Bahnhofstr. sind Radschutzstreifen vorgesehen, bisher aber noch nicht weiter geplant. Die Realisierung dieser Schutzstreifen ist sicherlich sinnvoll, jedoch hat man ja sich bisher gegen ein Gesamtkonzept Radverkehr ausgesprochen und somit trifft diese Einzelmaßnahme auf eine Reihe von Problemen. Man hat kein Haltekonzept für die Gewerbetreibenden angedacht und auch die Anbindung des Schutzstreifen in ein Gesamtnetz fehlt natürlich. Somit artete die Diskussion in ein klein-klein aus. Unser Hinweis, dass der Rat dies doch so wollte, war zwar zutreffend, aber auch nicht konstruktiv. Ein weiterer Punkt war noch die Fahrbahnverengung im Bereich der Bäckerei Lang gegenüber dem ehemaligen Gasthaus Rose. Wir halten die Verengung für sinnvoll, jedoch genau auf der anderen Straßenseite. In der Diskussion ging es dann aber vorrangig um Parkplätze. Hier war kein Konsens zu sehen. Wenig verwunderlich ist deshalb, dass diese Tagesordnungspunkte ergebnislos beendet wurden. Wir haben uns auf eine Begehung verständigt. Am Besten wir machen das gleich im Fußverkehrscheck mit.

Abbruch der Sitzung wegen fortgeschrittener Zeit: 17 Ja / 4 Nein / 1 Enthaltung

Grünes Protokoll der Gemeinderatssitzung am 26.03.2019

1. Offenlage von Protokollen und Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse.
2. Bestellung von Urkundspersonen:
3. Wünsche und Anfragen aus der Bevölkerung:
4. Wohnprojekt Smile eV St. Leon-Rot; Grundstücksoption und Kaufpreis
Wir haben schon wiederholt dem Projekt unsere vollste Unterstützung zugesichert. Auch dieses Mal sind wir dafür den Kaufpreis etwas zu stützen. Gerne hätten wir hier noch mehr gemacht. Dafür fand sich jedoch keine Grundlage. Wir finden die kompakte Bauweise gut und auch die inklusive Ausrichtung. Den Initiatoren gilt unsere Hochachtung, wie stark und lange Sie sich für das Wohnprojekt einsetzen. Einstimmig angenommen
5. Verkauf des Anwesens Kronauer Str. 70
Im Anbetracht des Mangels an bebaubaren Grundstücken und dem Bedarf an Wohnungen wollen wir das Grundstück nicht verkaufen, sondern für preiswerten

Wohnbau oder Ortsentwicklung selber behalten. Dies war Konsens im Rat.
Einstimmig beschlossen das Grundstück in Eigenregie weiter zu entwickeln.

6. Umgestaltung des Rathausvorplatzes; Vorstellung des Entwurfs

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt

7. Verschiedenes

7.1. Sachlicher Teilflächennutzungsplan „Windenergie der Vereinbarten

Verwaltungsgemeinschaft Bad-Schönborn-Kronau; hier: Anhörung der
Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (29 BauGB sowie der
Öffentlichkeit gemäß § 3(2) BauGB

In der Nachbargemeinde sind mehrere Windkraftanlagen geplant. Dies
begrüßen wir sehr. Gleichzeitig sind in diesem Gebiet auch der
Einzugsbereich für unser Grundwasser. Daher sollten die Planungen dies
berücksichtigen und eine Beeinträchtigung ausschließen. Sicherlich ist der
Verlust an Wald schmerzlich. Jedoch sind Kohlkraftwerke weitaus schädlicher
für den gesamten Wald. Kenntnisnahme

7.2. Zuschüsse zum Umbau der Kramer Mühle in Höhe von fast 3 Mio. Euro
wurden angekündigt. Das ist mal eine Summe.

8. Wünsche und Anfragen des Gemeinderates

Anregung der Grünen: Bei der Personalvergabe muss nicht bei jeder Stelle der
Gemeinderat mitentscheiden. Hier vertrauen wir der Kompetenz der Verwaltung.
Erst ab einer gewissen Gehalts- und Einflussstufe sollte sich der Gemeinderat
einschalten. Hierdurch könnten die Sitzungen verkürzt werden.